

neue Meldungen zum Wohnheim STREIK

DIE HOC

Liste 1

- Kennwort: Gewerkschaftlich**
1. Glas, Jochen
 2. Wilbert, Brigitte
 3. Monica, Eva
 4. Mackensen, Dieter
 5. Hartl, Winfried

Liste 2

- Kennwort: BASISGRUPPE ARCHITEKTUR**
1. Thum, Rainer
 2. Wolff, Gudrun
 3. Sänger, Arndt
 4. Stein, Winfried

Siehe auch Text zur Wahl des Fachbereichsrates.

Liste 3

- Kennwort: KHG (Kommunistische Hoch-
schulgruppe)**
1. Koch, Heiner
 2. ...

... befindet sich gegenwärtig in einer Wirt-
schaftskrise. Gleichzeitig verschärfen sich die

Fachbereich 12

1. Dureuil, Christoph
2. Hinze, Claus
3. Nerlich, Michael
4. Sauer, Michael

Fachbereich 13

- Kennwort: Basisgruppe BI-Fac**
1. Eger, Rudolf
 2. Teutscher, Michael
 3. Thielen, Arnold
 4. Hoppe, Harald W.A.

Fachbereich 15

Fachbereich 8

- Kennwort: BASISGRU**
1. Meisel, Hans-Dietel
 2. Wolf, Helmut
 3. Macholdt, Hans-Tc

Fachbereich 9

- Kennwort: Basisgrupp**
1. Gesenhues, Ulrich
 2. Stösser, Erich

Fachbereich 10

- Kennwort: NTV**
1. Göbel, Thomas
 2. Rödl, Thomas
 3. Hanke, B.
 4. Böhme, B.

Fachbereich 11

- Kennwort: Basisgr**
1. Chudzinski, Jü
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. Meie
 6. Meffert,
 7. Letschert,
 8. Stein, Heidru
 9. Gruber, Karl

Fachbereich 14

- Kennwort: Gemeinsa**
1. Kurzendörfer, Clau
 2. Ernst, Ulrike
 3. Schüle, Hilde
 4. Althaus, Harald

GEHT WAHLEN !!

Maulkorb für AstA?

Sternmarsch?

Stupa u. FS-Vertr.wahl
10.-13. Juni
AUDI MAX
BAUING.-GEB.

IMPRESSUM

- S. 4 Hochschulfest, erste Bilanz
und zur Kritik im DE
- S. 5 Gesinnungsschnüffelei
Veröffentlichung eines Gedächtnis - Protokolls eines Betroffenen aus Gießen
- S. 6 Neues vom Wohnheimstreik: jetzt
werden die "Rädelsführer" heraus-
gegriffen und verantwortlich
gemacht
- S. 9 Die Wahlschlacht - einige Erklä-
rungen zur Wahl
- S. 10 Bericht vom 2.Gründungskongress
des neuen studentischen Dachver-
bandes. - Warum der Asta und das
Studentenparlament den Sternmarsch
des MSB/SHB abgelehnt hat.
- S. 15 SKV - Studentische Krankenversich-
erung
- S. 17 Artikel der Basisgruppe Bauingeni-
eure zu einer ominösen Wahlliste
- S. 19 " Endlich Bürger eines friedlichen,
unabhängigen und demokratischen
Vietnams" Artikel von vietnamesi-
schen Studenten der TH
- S. 21 Die Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft GEW Hochschulgruppe
berichtet von drohenden Entlassun-
gen von Hiwis und Tutoren. Längst
fällige Lohnerhöhungen werden nicht
ausgezahlt
- S. 23 Mauzkorb für KStA ?
Nach einem Unterschriften-Rundbrief
gegen den Faschismus in Argentinien
an die Professoren kam ein Drohbrief
von Blankenburg



verantwortlich im Sinne
des Pressegesetzes
AStA der THD

Studentenschafts VOLLVERSAMMLUNG

* Abbau sozialer Leistungen • des Studentenwerks

Mieterhöhung - Auflösung der stud. Krankenversicherung zum 1.10.75. Kein Mensa abendessen im WS 75/76?

* Maulkorb f. Asta u. Fachschaften

— Präsident droht Asta mit "rechtlichen Konsequenzen" wenn er weiterhin den :

• Wohnheimstreik unterstützt gegen den Faschismus eintritt.

— Drohen weitere Entlassungen von Hiwis und Tutoren? Lohnerhöhungen seit 1.1.75 vorenthalten

→ StuPa,- und Fachschaftswahlen
Listen, Diskussionen

Dienstag 10.6. 16⁰⁰ Uhr. Audi Max
Präsident Böhme wurde eingeladen

HOCHSCHULFEST

Trotz Fast-Regen und Fast-Chaos hat das Fest wohl ganz gut geklappt. Es gilt jedoch, zu manchen Dingen etwas zu bemerken. Dieses Fest (das in erster Linie von den Basisgruppen und Ausländern, aber auch von den Jusos/HSG getragen wurde) kann man als Paradestück der Problemüberwindung bezeichnen.

Darmstadt erwies sich erneut als Beamtenstadt, es war ein Kampf mit Verordnungen. Sie erreichten zeitweise den Stellenwert der Aufgabe, einen Ochsen draußen zu braten mit der Auflage, dies ohne Feuer und mit einem Ochsen zu tun, der nicht aus Fleisch besteht, gegen Feuer imprägniert ist und zudem vor seinem Ableben einen Gesundheitspass besaß. Tatsächlich wurde z.B. jedes auf dem Fest verwendete Plakat von uns mit einem eigens herbeigeschafften Imprägniermittel eingesprüht, um es "schwer" entflammbar zu machen. Das Braten und Grillen außerhalb der Küche wurde uns generell verboten. Wir mußten die Standzeiten von sieben Feuerwehrleuten bezahlen (in einem Fall Spitzenlöhne von 18,-/h.)

Kritik: Zu viel Programm in zu kurzer Zeit und teilweise zu früh am Tage bei noch zu wenig Räumlichkeiten. Wir werden uns dies merken, doch man muß berücksichtigen, daß dies unser erstes Fest war. Es fehlte hier und da an Erfahrung. Die Kritik des Darmstädter Echo allerdings vom 2. Juni über das Fest bedarf wohl einer Bemerkung. Fundiertes Eingangszitat:

Keine rauschende Ballnacht eher ein Jahrmarkt der Aufklärer: das vom AStA der TH organisierte Hochschulfest ... bot in erster Linie Information ... "Lediglich wie das Echo feststellt "linksläufige" Information. (In der Tat hätten wir z.B. einen Bundeswehrwerbestand abgelehnt) Soweit schon ganz gut beobachtet wenn auch die Herren vom Echo im wesentlichen an der Theke gesehen wurden und sich offensichtlich gut genug amüsierten, um sich ordentlich "zuzumachen". (Oder war der Grund vielleicht der Frust ob soviel negativ empfundener "linksläufigkeit"?) Immerhin wir danken für die so geschehene Unterstützung so geschehene finanzielle Stützung der Studenten und für die Bestätigung unserer Intension, denn was sie da beschreiben war unsere Absicht.

Es gilt auch dem Studentenwerk zu danken, das uns in jeder Hinsicht unterstützt hat. Besonders danken wir dem Küchenchef, der Putztruppchefin und den Hausmeistern.

Viele von euch empfanden den Eintrittspreis von 6,-- DM als zu hoch. Dazu müssen wir

sagen, daß wir sehr knapp kalkuliert haben. Es waren 2200 Karten verkauft (z.Vgl. beim Fachhochschulfest waren ca. 2500 Leute). Wir müssen leider mit ca. 2000,-- DM Verlust rechnen. Wenn man an die Verluste der bisherigen Hochschulfeste denkt so haben wir hierbei noch sehr gut abgeschnitten. Gruppen wie z.B. die Rote Rube (3000,--) sind sehr teuer. Dazu Saalmiete, Feuerwehrleute, 26 versch. Pfl-me (1500,-) und alle übrigen Gruppen, ein ausgiebiges Essen für die Putzhelfer und für die härtesten Jobs auch Löhne, da kommt schon was zusammen. Fazit: Ein wie wir glauben gut gelungenes Fest, einige Erfahrungen und zwei AStA-Basisgruppenleute, die reif sind für einen Urlaub. Bis zum nächsten Mal.....

Gesinnungsschnüffelei

In der letzten Ausgabe der WUB haben wir über die Praxis der Gesinnungsschnüffelei an der THD berichtet. An den Unis Gießen Marburg und Frankfurt werden diese Praktiken viel weiter vorangetrieben, es haben schon ca. 50 Verhöre einzelner Studenten oder Tutoren durch die Universitätspräsidenten stattgefunden, ein Teil dieser Verhöre findet noch statt. Um zu zeigen, wie weit die Überwachung des

Einzelnen durch den Verfassungsschutz schon vorangeschritten ist, und wie die daraus gewonnenen "Verdächtigungen" den beruflichen Werdegang eines Studenten zerstören können, veröffentlichen wir hier einige Auszüge aus Gedächtnisprotokollen dieser Verhöre. (Aus einer Dokumentation des Asta Uni Gießen):

Die Betroffenen, die Studenten und ihre Organe nehmen diese Inquisitionsmethoden jedoch nicht widerspruchslos hin. Durch Vollversammlungen, Veröffentlichungen bis hin zur Herstellung von Öffentlichkeit von Verhören werden diese Maßnahmen bekämpft. In Gießen und Frankfurt werden gegen diese Praktiken Aktionstage noch in diesem Semester organisiert.

63 Gießen, den 9.5.1975

Perfektionierter Gesinnungsterror -

ODER: EIN GHETTO FÜR RADIKALE IM VIERTEN REICH?

Aus dem Brief eines Studenten, der auf seine "Verfassungstreue" überprüft wurde:

"... Es wurden folgende Punkte aufgeführt, aus denen man Zweifel herleitete, daß ich jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes eintreten würde.

- 1.) In einer linksorientierten Zeitschrift "An-archo INFO" stand mein Postscheckkonto - Herausgeber des Blattes war bis vor zwei Jahren mein Bruder.
- 2.) Im Mai 1970 nahm ich in Gießen an einer Demonstration gegen die erfolgte Ausweitung des Vietnamkrieges nach Kambodscha teil. Dabei wurden meine Personalien von der Polizei festgestellt.
- 3.) Bei einer Hausdurchsuchung einer Wohngemeinschaft (in der mein Bruder wohnte) wird meine Adresse gefunden.
- 4.) Mein Auto wird festgestellt vor einem Hause, in dem eine Kommune wohnt, unter deren Mitglieder Sympathisanten des K.B.W. vermutet werden.
- 5.) Auch in Niedersachsen wird bei einer Hausdurchsuchung meine Adresse sichergestellt. Es handelte sich um eine Lokalstelle obigen Blattes.
- 6.) Trug ein an Buchläden verschicktes Flugblatt, das von mir selbst hergestellte "Polit poster" (mit Bezug auf den Vietnamkrieg), meine Unterschrift.

Auf meine grundsätzlichen Fragen zu diesem Verfahren wurde unter anderem erwidert, daß bereits der Punkt 4 alleine, soweit er aktenkundig gemacht worden sei, zu einer Anhörung führt."

Einer Studentin, die nach dem ersten Lehrerstaatsexamen ihre Ausbildung als Referendarin fortsetzen wollte, wurde vorgehalten:

"... Acht Tage (zwecks Zimmersuche) am Universitätsort bei einer Bekannten gewohnt zu haben, die DKP-Mitglied ist.
... einen kirchlichen Mädchenkreis geleitet zu haben, dem Mädchen angehören, die SDAJ-Mitglieder sind ...
... sich gegen die Notstandsgesetze engagiert zu haben.

(Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir keine Namen nennen).

NEUES ZUM

WOHNHEIMSTREIK

Diese von 800 Studenten unterschriebene Resolution wurden dem Kultusminister übersandt:
(siehe Kasten rechts)

Die Hochschulspitze versucht auf vielfältige Art und Weise, den Streik der Wohnheimbewohner zu brechen. Der Präsident Böhme forderte schon dreimal den AStA unter Androhung von Rechtsaufsichtlichen Maßnahmen auf, das Streikkonto aufzulösen. Auf Seite 7 veröffentlichen wir seinen letzten Brief
(Kasten ganz rechts)

Diese Versuche der Hochschulverwaltung zeigen deutlich; Die Interessenvertretungsorgane der Studenten, AStA und Fachschaften, werden dann von Hochschul- und Kultusbürokratie angegriffen wenn sie sich für die Forderungen und Belange der Studenten einsetzen.

Damit soll der organisierte Widerstand verhindert werden. Jetzt versucht der Präsident durch Herausgreifen und Bestrafen von "Rädelsführern" die streikenden Studenten einzuschüchtern. Hier ein Auszug aus einem Brief an einen Wohnheimtutor:

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Durchgeführt vom Wohnsprecherausschuß und dem Asta der THD

Seit dem 1.1.1975 streiken die Bewohner der Darmstädter Studentenwohnheime gegen Mieterhöhungen (bis zu 30%) und verschärfte Mietverträge. Dieser Streik richtet sich gegen den Abbau sozialer Leistungen des Studentenwerks, von dem alle Studenten betroffen sind (Mensapreiserhöhungen, Abschaffung der stud. Krankenversicherungen zum 1.10.75, Sozialbeitragserhöhungen). Es ist daher Aufgabe aller Studenten, die Aktionen der Wohnheimbewohner zu unterstützen (Der Kreisjugendausschuß des DGB hat sich bereits solidarisiert).

Jetzt hat das Studentenwerk wahllos 10 Studenten herausgegriffen und verklagt. Da die Rechtslage mit der Anklage eines Studenten hätte geklärt werden können, stellen diese Praktiken den Versuch dar, einzelne Studenten existentiell zu bedrohen, die Streikenden einzuschüchtern und den Streik zu brechen.

Diese Maßnahmen des Studentenwerks sind jedoch erst seit 1972 möglich. Damals wurde durch Änderung des Studentenwerkesgesetzes das Veto-Recht der stud. Vertreter im StuWe-Vorstand abgeschafft. Später wurde das StuWe ganz unter die Fachaufsicht des Kultusministers gestellt, d.h. der StuWe-Vorstand wurde damit zum verlängerten Arm des Kultusministeriums.

Unterschriftensammlung:

Wir fordern den Studentenwerksvorstand bzw. den Kultusminister auf, die Klagen gegen die 10 Wohnheimbewohner zurückzuziehen. Wir unterstützen die Forderungen:

- keine Mieterhöhungen, keine verschärften Mietverträge
- Schaffung neuer Wohnheimplätze, insbesondere sofortige Inangriffnahme des Karlshof-Projektes
- Deckung der Studentenwerksdefizite durch das Land Hessen
- Keine Fachaufsicht des Kultusministers über das StuWe durch das StuWe-Gesetz, damit die Selbständigkeit einer sozialen Einrichtung gewährleistet ist.

NAME

ANSCHRIFT

UNTERSCHRIFT

b) Wenn die Miete nicht rechtzeitig beim Studentenwerk eingeht, ist normalerweise der Mieter dafür verantwortlich. Da Sie - als Wohnheimtutor - diese Aktion verantwortlich oder mitverantwortlich leiten, liegt die Verantwortung bei Ihnen, d. h. daß Sie dem Studentenwerk auch für etwaige Zinsverluste verantwortlich sind.

Danach ist festzustellen, daß Sie als Wohnheimtutor dazu beitragen, daß dem Studentenwerk verwaltungsmäßige Schwierigkeiten und Mehraufbeit sowie finanzieller Schaden entsteht. Da ich ohnehin dem Kultusminister in dieser Angelegenheit berichten muß, werde ich zum Schreiben meinen Bericht beifügen. Dabei wird insbesondere zu klären sein, ob Ihr Verhalten eine Pflichtwidrigkeit darstellt.

Datum 6. 5. 1975
 Durchwahl 16/ 2820
 Az IB - 600 - 5 - 2
 780 - 1 - 1 sto.

Der Präsident
 der Technischen Hochschule
 Darmstadt

An den
 Allgemeinen Studentenausschuß
 der TH Darmstadt
 z. H. Herrn Senger

im Hause

Betr.: Entgelt für die Nutzung von Wohnheimplätzen des
 Studentenwerks Darmstadt

Bezug: Mein Schreiben vom 3. 2. 1975

Sehr geehrter Herr Senger!

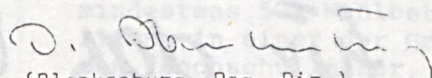
Ich hatte Sie mit Schreiben vom 3. 2. 1975 aufgefordert, dafür
 Sorge zu tragen, daß die jeweiligen Mietzahlungen bis spätestens
 zum 10. eines jeden Monats beim Studentenwerk eingegangen sind.

Ich habe nunmehr festgestellt, daß weder im März noch im April
 danach von Ihnen verfahren wurde. Auch wenn man die früher zu
 zahlende Miete zugrundelegt, ergibt sich für das Studentenwerk
 einen Schaden durch Zinsverlust von 305,00 DM für die Monate
 Januar bis März. Für diesen Schaden ist die Studentenschaft er-
 satzpflichtig.

Ich fordere Sie letztmalig auf, meiner Aufforderung vom 3. 2. 1975
 Folge zu leisten, da ansonsten weitere rechtsaufsichtliche Maß-
 nahmen unvermeidlich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:


 (Blankenburg, Reg. Dir.)

Wie unverschämt diese An-
 schuldigungen sind, er-
 sieht man daraus, daß
 sich 70% der Wohnheim-
 bewohner am Streik be-
 teiligen. Sie haben dies
 in einer Urabstimmung
 beschlossen und verant-
 worten es auch!

DIE STREIKFRONT STEHT
 Sollten die Prozesse
 negativ für die Heimbe-

wohner ausgehen, werden
 neue Urabstimmungen
 durchgeführt, in denen
 sich die Studenten für
 oder gegen eine Weiter-
 führung des Streiks ent-
 scheiden. Dies und wei-
 tere Aktionen werden vor-
 her auf Vollversammlun-
 gen diskutiert.
 Inzwischen hat der Darm-
 städter Wohnheimausschuß
 alle anderen Hessischen

Wohnheimausschüsse zu
 einem Koordinierungss-
 treffen eingeladen.

(Zur Zeit wird auch in ei-
 nigen Wohnheimen in Frank-
 furt gestreikt.) Bei die-
 ser Gelegenheit werden Er-
 fahrungen ausgetauscht und
 landesweite einheitliche
 Aktionen gegen den Abbau
 sozialer Leistungen des
 Studentenwerks diskutiert.
**AUFLÖSUNG DES STUDENTEN-
 WERKS GEPLANT**

In Hessen sind die Aktio-
 nen gegen diesen Abbau so-
 zialer Leistungen des Stu-
 dentenwerks von zentraler
 Bedeutung: Im Koalitionspa-
 pier der SPD/FDP-Landesre-
 gierung ist die Auflösung
 der Studentenwerke geplant.
 Sie sollen in die Hochschu-
 le eingegliedert werden.
 Dies hat zur Folge, daß
 der Hochschuletat zusätz-
 lich mit den Defiziten des
 Studentenwerks belastet
 wird! Maßnahmen wie Repri-
 vatisierung und damit Ver-
 teuerung vieler Dienstbe-
 reiche (Mensa, Wohnheime)
 sind dann zu erwarten.

**STREIK ERZIEHLT ERSTEN
 ERFOLG FÜR ALLE STUDENTEN**

Daß sich der Wohnheimstreik
 gegen die Verschlechterung
 der Studiensituation aller
 Studenten richtet, wird
 durch den ersten materi-
 ellen Erfolg in dieser Rich-
 tung dokumentiert: Das Stu-
 dentenwerk wagt es aufgrund
 der Mobilisierung in den
 Wohnheimen nicht offen wei-
 tere Unkosten auf die Stu-
 denten abzuwälzen und die
 Mensaessenspreise zu erhö-

hen. Dazu der Geschäfts-
führer des Studentenwerks,
Schwarz, im Darmstädter
Tagblatt: "Wie das weiter-
gehen soll, weiß ich auch
noch nicht, wir können die
Essenspreise nicht erhöhen!"

In der letzten "Hochschule"
wird angedeutet, wie diese
Erhöhungen auf kaltem Wege
erreicht werden sollen: Durch
Wegfall den Misaabendessens.
Im Haushaltsplan für 1975
sind nur noch staatliche Zu-
schüsse für das Mittagessen
vorgesehen.

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Ihrem Schreiben vom 6.5.75 fordern Sie uns erneut auf, für
fristgerechte Mietzahlungen der Wohnheimbewohner an das Stu-
dentenwerk Sorge zu tragen und für die bisher zu spät einge-
gangenen Mieten Zinsen zu bezahlen.
Dieses Verlangen ist aus mehreren Gründen unverständlich.

1. Das Studentenwerk war, laut Auskunft des Darmstädter Wohn-
heimausschusses, auch vor Beginn des Mietstreiks in den
Wohnheimen nie in der Lage, seine Mietforderungen von sämt-
lichen Heimbewohnern fristgerecht einzutreiben.
Jahrelang hat das Studentenwerk diesen Zinsverlust schwei-
gend hingenommen. Ihre Zinsforderung kann nur als ein Ver-
such verstanden werden, mit bürokratischen Manövern den
ASTA zu zwingen, sich nicht länger für studentische Inter-
essen einzusetzen.
2. Der ASTA ist zwar Inhaber des Sonderkontos, hat aber die
volle Verfügungsgewalt den Wohnheimbewohnern übertragen.
Der ASTA hat also keinerlei Einfluß auf die Kontoführung.
Wir haben die Kontoführer gebeten, falls möglich, für die
rechtzeitige Überweisung zu sorgen, verstehen uns aber
nicht als Mieteintreiber des Studentenwerks.

Mit freundlichen Grüßen

(Peter Senger)
Hochschulreferent

Letzte Meldung aus dem
Studentenwerksvorstand:

Sozialbeiträge für das WS 75/76

Beiträge der Studenten für die Studentenwerke

	Sommersemester 1975	Wintersemester 1975/76		
		Stud.-werk	Krankenversicherung BAfBG	ohne BAfBG
<u>Studentenwerk Darmstadt</u>				
a) Technische Hochschule Darmstadt	70.- DM	50.- DM	90.-DM	150.-DM
b) Fachhochschule Darmstadt	30.- DM	35.- DM	90.-DM	150.-DM

siehe auch Seite 15 "Student. Krankenversicherung"

Wahlen

Studentenparlament, Fachschaftsvertretung, Konvent Fachbereichsrat

Vier Stimmzettel darf in den nächsten Tagen (10. bis 13. Juni) jeder Student mit seinem Kreuzchen versehen. Hier ein kleiner Durchblickerlehrungs, um zu sehen, worum es eigentlich geht und warum es wichtig ist, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Wahlen beziehen sich auf zwei verschiedene Arten von Organen - zum

einen auf die Organe der studentischen Selbstverwaltung: Fachschaftsvertretung und Studentenparlament - zum anderen auf die Kollegialorgane: Fachbereichsrat und Konvent, die beide der Fachaufsicht des Kultusministers unterstehen und in denen studentische Vertreter zusammen mit Professoren, Assistenten und anderen sitzen.

Studentenparlament:

Das Studentenparlament wählt den AStA, verabschiedet den Haushalt der Studentenschaft und soll die Arbeit des AStA beeinflussen und kontrollieren. Das klappt nur, wenn ihr euch mehr als bisher für die Arbeit des Studentenparlamentes interessiert und eure gewählten Vertreter kontrolliert.

Für die 40 Stupa-Sitze bewerben sich Kandidaten auf 8 Listen. Der AStA soll

Interessen aller TH-Studenten vertreten. D.h. er soll die Fachschaftsarbeit koordinieren, er soll informieren und bei auftretenden Problemen, die uns betreffen, unterstützend tätig werden. Dazu hat der AStA einen Etat von 10 DM je Student und Semester. Ihr seht also sicher auch hier die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung.

Fachschaftsvertretung:

"Fachschaft" heißt die Gesamtheit aller Studenten im Fachbereich. Die Fachschaftsvertretung soll, wie der Name sagt, die Interessen der Studenten des Fachbereichs vertreten. In der Vergangenheit waren z.B. Arbeitsbereiche der Fachschaftsvertreter: Kampf ge-

gen Prüfungsverschärfung, gegen Massenübungen, gegen Lehrauftragskürzungen. Eine starke Fachschaftsvertretung ist eine wichtige Sache. Je mehr ihr euch an der Wahl und an der für euch offenen Arbeit der Fachschaftsvertretungen beteiligt, desto mehr können wir erreichen.

Kollegialorgane:

Bei den Kollegialorganen ist die Zuteilung von Sitzen abhängig von der Wahlbeteiligung (so genanntes "Quorum"). Bei mindestens 50% Wahlbeteiligung in einer der Gruppen (Hochschullehrer, Studenten, Wissensch. Mitarbeiter, sonstige Mitarbeiter) ergibt sich die Vergabe aller Sitze an die betreffende Gruppe - bei 30-50% Wahlbeteiligung 75% der Sitze - bei 10-30% Wahlbeteiligung 50% der Sitze - bei 0-10% Wahlbeteiligung 0 Sitze.

Fachbereichsrat:

Im Fachbereichsrat - früher Fachbereichskonferenz genannt - sitzen die verschiedenen Gruppen - Hochschullehrer, Studenten, Wiss. Mitarbeiter, sonst. Mitarbeiter - in der Parität 6:3:1:1 - das allerdings nur bei einer Wahl-

beteiligung von über 50%. Im Fachbereichsrat werden alle bedeutenden Entscheidungen wie Aufteilung der finanziellen Mittel oder Prüfungsordnungen getroffen. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß eine Arbeit im Fachbereichsrat Berge versetzen kann - aus Gründen, die in

der Fachaufsicht der Kultusministers und den vorbestimmten Paritäten liegen -, aber schon eine Information aller Studenten ist wichtig, um dem Gemauschel einiger Studenten und Professoren ein Ende zu setzen. Nur auf Druck von außen können Beschlüsse zu unseren Gunsten beeinflusst werden.

Konvent:

Der Konvent ist das oberste Kollegialorgan der Hochschule. Er wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten. Weiterhin ist er zuständig für den Erlass der Hausordnung sowie für Entgegennahme und Beratung des Rechenschaftsberichtes des Präsidenten.

GEHT RICHTIG WÄHLEN!

(Bringt die Ausweise mit)

Wahllokale: Audimax, Bauingenieurgebäude auf der Nachtweide.

Bericht vom 2. Teil des Gründungskongresses des neuen Dachverbandes

Vom 8.5. bis 13.5.75 trafen sich in Gießen die Delegierten der bundesdeutschen Studentenschaften zur Fortsetzung der Gründungsversammlung des gemeinsamen neuen Dachverbandes der Hochschulen und Fachhochschulen (Vereinigte Deutsche Studentenschaften e.V.)

Dieser neue Verband (VDS) vertritt 800000 Studenten der BRD und Westberlin. Vorangegangen war der Kongress in Düsseldorf im März dieses Jahres. (Wir haben darüber ausführlich in der letzten WUB berichtet).

Nach der Anerkennung der bayrischen Ästen scheiterte die Gründungsversammlung noch während der Diskussion über die neue Satzung. Nachdem der sog. "degressive Stimm Schlüssel", der den neu hinzugekommenen Fachhochschulen ein sinnvolles Stimmengewicht gab, gegen den MSB/SHB durchgesetzt war, brach der Kongress bei der Frage der Mehrheitsverhältnisse bei der Vorstadtwahl ab. Da eine Koalition von Basisgruppen, Juso HSG und LHV besteht, verlangte der MSB SHB eine zwei-Drittel-Mehrheit, um sich so eine entscheidende Beeinflussung des Vorstandes zu sichern. Nach einer Abstimmungsniederlage des MSB focht dieser kurzerhand die Abstimmung an, worauf die Debatte von den übrigen Fraktionen abgebrochen wurde.

In Gießen nun begann erneut die Diskussion um die Satzung. Wie schon in Düsseldorf wurde der Beginn verzögert, indem der MSB/SHB die Basisgruppen des SVI anzweifelte. Nachdem die Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden konnten, begann die Versammlung.

In der folgenden Diskussion und bei den Abstimmungen konnten im Wesentlichen die Vorschläge der BG Juso HSG Gruppen in die Satzung eingebracht werden.

- * Die Organe des Verbandes sind nach den Prinzipien der Weisungsberechtigung und der Rechenschaftspflicht aufgebaut (Imp. Mandat)
- Der "degressive Stimm Schlüssel" war bereits auf dem ersten Kongress durchgesetzt.
- Die Festlegung des Verbandes auf die pol. Stoßrichtung konnte verhindert werden.
- Prinzipiell hat jede Studentenschaft, die Möglichkeit, in diesem Verband Mitglied zu werden.
- Vereinsschädigende Mitglieder können mit 2/3 Mehrheit ausgeschlossen werden.
- Der Vorstand und der Zentralrat werden mit einfacher Mehrheit der Mitglieder des Verbandes gewählt.

Zu Zeiten der gewichtigen MSB Präsenz im Vorstand waren ohne Wissen der anderen Vorstandsmitglieder Gelder für Material und Porto für den Sternmarsch ausgegeben worden. Daher kam in die neue Satzung:

- Alle Ausgaben über 2000,- müssen vom Zentralrat genehmigt werden.

Nachdem diese Satzung angenommen war, war der neue Verband gegründet und die erste ordentliche Mitgleiderversammlung konnte beginnen.

Hier waren von insgesamt 200 deutschen Studentenschaften 162 vertreten. Es wurden insgesamt 779 Stimmen ausgegeben bei folgender Verteilung:

MSB/SHB	312 Stimmen
Basisgr.	164 Stimmen
Juso HSG	153 Stimmen
Rechte	81 Stimmen
KBW	28 Stimmen

Unorganisierte, Koalitions-
ästen und Liberaler Hoch-
schulverband (LHV)
41 Stimmen

Auf der Tagesordnung der MV standen:

- 1) Verabschiedung einer Hauptresolution (Grundsatzprogramm für ein Jahr,)
- 2) Wahl des Zentralrates
- 3) Wahl des Vorstandes.

1. Hauptresolution
Auf der MV wurde von jeder Fraktion eine Resolution vorgelegt. Die Basisgruppen, Juso-Hochschulgruppen und der LHV legten eine Hauptresolution vor, nach der der Verband davon ausgeht, daß Bildungspolitische Maßnahmen und Veränderungen im Bildungsbereich sich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen ökonomischen und politischen Situation in der BRD versteht.

STÄRKUNG DER VERFASTEN STUDENTENSCHAFT MIT POL. IMPERATIVEM MANDAT-SATZUNGS- UND BEITRAGSHOHEIT
Die Verfaßte Studentenschaft (VS) bracht das pol. Mandat, weil eine Perspektive über die Hochschule hinaus entwickelt werden muß, die Abhängigkeit des Bildungsbereiches von der Gesellschaft aufgezeigt werden muß.

Die VS braucht das imp. Mandat, da sie nur in enger Verbindung mit den Studenten unter deren ständiger Kontrolle und mit klaren Aufträgen versehen, wirkungsvoll studentische Interessen vertreten kann. Durch das imp. Mandat ist gewährleistet, daß sich die Vertreter und Vertretungsorgane der Studenten nicht von ihrer Basis entfernen.

Die VS braucht die uneingeschränkte Satzungs- und Beitragshoheit, da sie nur so unabhängig von Uni- und Kultusbürokratie ihre Politik wirksam vertreten kann.

● UMFASSENDE INFORMATION DER STUDENTENSCHAFTEN über die Situation an den Hochschulen und die Kämpfe der Studenten auf lokaler und regionaler Ebene.

● FÜR DEN FREIEN ZUGANG ZU ALLEN STUDIENVERANSTALTUNGEN

● VERHINDUNG VON VERSCHÄRFUNG VON STUDIEN- UND PRÜFUNGSBEDINGUNGEN, FREIE WAHL DER PRÜFUNGSTHEMEN

● GEGEN DIE IM HOCHSCHUL-RAHMENGESETZ FESTGESCHRIEBENE UND AN VIELEN HOCHSCHULEN PRAKTIZIERTE REGELSTUDIENZEIT.

2. WAHL DES ZENTRALRATES
Als nächstes kam dann die Wahl des Zentralrates. Der Zentralrat hat die Aufgabe den Vorstand zwischen den MV's zu kontrollieren und ihr Aufträge zu erteilen.

Der Zentralrat wird durch Listenwahl gewählt, damit sich auch hier die Mehrheitsverhältnisse wie auf der MV widerspiegeln. Er setzt sich zusammen aus 30 Sitzen für die auf 4 Listen kandidiert wurde.

Liste I ^{MSB-SHB} ~~GO-BLOCK~~ 11 Sitze

Liste II RCDS SLH 3 "

Liste III KBW 3 "

Liste IV BG, Juso, LHV 13 "

Da MSB/SHB diese Hauptresolution als "Programm der Programmlosigkeit" bezeichnen und sie so zu diffamieren versuchen, veröffentlichen wir hier ein paar Auszüge (sie ist 11 Seiten lang), damit sich jeder selbst ein Bild darüber machen kann. (Dies ist vor allem für MSB/Spartakus-Mitglieder sehr wichtig: Nachdem der MSB in Darmstadt einen Monat lang gegen diese Resolution gewettert hat, kam vor vier Tagen der Vorsitzende des MSB zu uns in den AstA um sie sich einmal durchzulesen!)

Um darzustellen, daß von der Verschlechterung der Situation im Ausbildungsbereich alle Jugendlichen betroffen sind, enthält die Resolution einen Abschnitt "Jugendarbeitslosigkeit". Als praktische Konsequenz wurde beschlossen: "Deshalb unterstützt der Dachverband die DGB-Jugend zur Bekämpfung der Jugend-

arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der beruflichen Ausbildungssituation. Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand und ruft alle Studenten auf, teilzunehmen an den Aktionen der Gewerkschaftsjugend zur Durchsetzung dieser Forderung".

Weiterhin enthält die Resolution eine klare Aussage zu Aktionen, um die berechtigten Forderungen der Studenten zusammen mit den anderen Jugendlichen einheitlich durchzusetzen.

Zitat: Der Verband tritt für die sozialen Interessen der Studenten ein.

Für kostendeckende Ausbildungsförderung, das sind heute mindestens 600 DM bei einem Elternfreibetrag von 1 200,-- DM.

Auf diesem Sektor wird der Projektbereich Soziales, unterstützt durch Vorstand, im Sommersemester die Aktivitäten an den einzelnen Hochschulen unterstützen und auswerten.

Er erstellt Analysen zu wichtigen Bereichen der Sozialpolitik der ASTen. Er erarbeitet Dokumentationen zu den Versuchen staatlichen Institutionen, den studentischen Sozialbereich dazu zu benutzen, die Bestimmungen des HRG und der LHGs und die Zieldaten des Bildungsamtplans im Voraus durchzusetzen (Wohnungsektor, Ausbildungsförderung, usw.).

Diese Arbeit soll darauf abzielen im Wintersemester eine bundesweite Kampagne gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Studenten zu initiieren, die sich jedoch nicht auf die sozialen Belange der Studenten beschränken kann, sondern die Verschlechterung der Studiensituation, wie sie sich in NC, Rahmenprüfungsordnungen und im HRG niederschlägt, gleichzeitig miteinbezieht und die Bedingtheit der Studienmisere durch das kapitalistische System aufzeigt.

WAHL DES VORSTANDES

Anschließend an die Wahl des Zentralrates wurde der Vorstand gewählt. Der Vorstand hat die Aufgabe die laufenden Geschäfte zu erledigen und den Verband gerichtlich und außergerichtlich nach außenhin zu vertreten. Er arbeitet auf der Grundlage der verabschiedeten Hauptresolution und wird durch den Zentralrat und die MV kontrolliert.

Die Mitglieder der Fraktionen für den Vorstandsposten, müßten in einer Befragung der Mitgliederversammlung darstellen, auf welcher Grundlage sie im Vorstand arbeiten.

Gewählt wurde ein Vertreter der Basisgruppen, der Juso-Hochschulgruppen, des LHV und je ein Vertreter von MSB und SHB.

Sternmarsch ?

DER ANTRAG DER MSB/SHB FRAKTION AUF BESCHLUSS DES STERNMARSCHES FÜR DEN 11.6. WURDE VON DEN VERSAMMELTEN ASTEN ABGELEHNT!!

Nach Spartakus - Methode war diese sog. "bundesweite Massenaktion" bereits lange in Form, Zeitpunkt und Forderungen festgelegt, bevor die Diskussionen begannen und dieser Antrag im VDS kam.

Für die Asten an den einzelnen Hochschulen sollte denn auch als einzige Aufgabe verbleiben, möglichst viele Studenten nach Dortmund zu treiben.

SELBSTVERSTÄNDLICH HALTEN JUSOS UND BASISGRUPPEN BUNDESWEITE EINHEITLICHE AKTIONEN DER STUDENTEN FÜR NOTWENDIG, UM DEN ANGRIFFEN AUF DIE LEBENS-, UND STUDIENTEBEDINGUNGEN DER STUDENTEN ZU BEGEGNEN.

Dies spielt sich allerdings nicht nach dem simplen Mechanismus ab:

"Massen auf die Straße - schon sind die Erfolge da" Es genügt nicht, aus Empörung über Mißstände in Bonn oder Dortmund "Dampf abzulassen", wenn nachher die "Luft raus ist"!

Als im Januar 1974 40 000 Studenten nach Bonn marschierten, konnte ein "Zu-

geständnis" erreicht werden (Bafög-Erhöhung von 420 DM auf 500 DM), Nachdem sie jedoch wieder zuhause waren stellte sich dies als Scheinerfolg heraus, denn die Erhöhung war ein längst geplantes Darlehen.

Der Sinn einer Demonstration z.B. darf sich daher nicht in stundenlangem herum-latschen erschöpfen. Entscheidend ist, daß sich möglichst viele Studenten an der Diskussion der Forderungen und der Form der Aktion, an der Planung, Organisation und Durchführung beteiligen, um dadurch die Einheit in der Aktion selbst herzustellen. Nur so kann gewährleistet werden, daß eine Demonstration Ausdruck einer Bewegung ist, nur so kann verhindert werden, daß Studenten als Marschvieh mißbraucht und entmündigt werden.

Wenn man Studenten noch nicht einmal ermöglicht, ihre eigenen Aktionen zu planen und vorzubereiten, dann ist dies der beste Weg sie von einer langfristigen organisierten Arbeit in den Organen der Studentenschaft abzuschrecken. Diese langfristige kontinuierliche Arbeit ist aber notwendig, um errungene Zugeständnisse ab-sichern zu können. Das bedeutet, daß Aktionen, bei denen Studenten als "Basis" irgendwo hingekarrt werden, die Interessensvertretungsorgane der Studentenschaft schwächen

Was steckt hinter einer Forderung wie: "Rüstung runter - Bildung rauf"? Wir wissen, daß der Rüstungsetat zu diesem System gehört wie die Schale zum Ei. Die Grundlagen unserer miesen Studiensituation gründen sich nicht nur auf einer schlechten Verteilung des Bundesetats. Die Ergebnisse einer solchen Forderung nach Umverteilung sind Flickwerk.

(Beim Sternmarsch im Jan. 74 wurde die Erhöhung des Bafögs denn auch aus dem Hochschulbausetat finanziert - Wo ist da der Fortschritt???)

Eine solche Diskussion findet nicht statt - denn, und darüber kann der MSB mit seiner moralischen Argumentation nicht hinwegtäuschen, - ("Wer gegen diesen Sternmarsch ist, wendet sich gegen die Studenten!") er verfolgt im Wesentlichen taktische Ziele.

Seit April dieses Jahres hat der MSB/SHB im VDS nicht mehr das Sagen. Unser gemeinsamer Dachverband hat diesen "Proklamierten" Sternmarsch mit Mehrheit abgelehnt. Trotzdem wird jetzt versucht, diese Aktion ohne bzw. gegen den VDS zu organisieren, obwohl klar ist, daß nur einheitliche, vom VDS getragene Aktionen einen Erfolg bringen können.

DIESER STERNMARSCH IST EIN SCHLAG GEGEN DIE EINHEIT DES DACHVEBANDES; EINE SCHWÄCHUNG DER VDS !! (Zitat vom SHB in Gießen: "Wir werden alles daran setzen, diese Koalition (und damit den VDS) zu spalten"!)



Der demokratische Weg, die Entscheidungen des VDS zu beeinflussen ist, in den Asten der einzelnen Hochschulen die Mehrheit zu gewinnen.

Der Asta der THD und das Studentenparlament haben den Sternmarsch abgelehnt. Der Asta der THD wird sich an der bundesweiten einheitlichen Kampagne des VDS im Wintersemester beteiligen, die sich gegen soziale Misere, pol. Disziplinierung und gegen Arbeitslosigkeit richten wird. Zeit, Form und Forderungen dieser Kampagne wurden absichtlich offengelassen, um den Studenten an den Hochschulen die Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen in die Organe der Studentenschaft und auf Vollversammlungen einzubringen.

DER ASTA-SOZIALREFERENT (SHB) ZUM GRÜNDUNGSKONGRESS (auch ein bißchen Sternmarsch):

"Gemäßigte Linksgruppen führen neuen Dachverband", schrieb die Frankfurter Rundschau (Jutta Roitsch!!) einen Tag nach der Gründungsversammlung des neuen studentischen Dachverbandes "Vereinigte deutsche Studentenschaften e.V.". Sowerig angesichts der Programmlosigkeit der großen Koalition von Juso-Hochschulgruppen, LHV und den teilweise maoistischen Basisgruppensektierern von "führen" die Rede sein kann - auch wenn diese Gruppen 3 von 5 Vorstandssitzen stellen -, so berechtigt ist in bestimmter Art und Weise der Ausdruck "gemäßigt". Was für die Frankfurter Rundschau in erster Linie taktische Gründe hat - alle Linken außer SHB und MSB, d.h. auch die Sektierer, zu den gemäßigten zu zählen, um so die marxistischen Kräfte zu isolieren (vergleiche die ähnliche Wertung bei der Berichterstattung über Portugal) -, dieses publizistische Manöver enthüllt sich auf den zweiten genaueren Blick als traurige Wahrheit. Vom Klassenstandpunkt der Rundschau aus betrachtet, hat das Programm dieser Gruppen durchaus gemäßigte Züge!

Seine Grundlage ist in der Tat nicht das eindeutige Erkenntnis zu den gemeinsamen positiven Forderungen der Studenten, nicht die Orientierung auf notwendige Aktionen, die die Studenten zur Lösung ihrer drängendsten Probleme brauchen - die gemeinsame Basis des Bündnisses von Jusos, sektiererischen Basisgruppen und LHV ist eben nur ihre gemäßigte Haltung. Gemäßigt in ihren Forderungen gegenüber dem Großkapital, gemäßigt wegen ihrer konsequenten Ablehnung des studentischen Massenkampfes - gemäßigt vor allem gegenüber der SPD/FDP-Regierung.

So fehlen in der von diesen Gruppen durchgeschobenen Haupt-Resolution nicht nur alle konkreten Aktionsvorschläge - es fehlen selbst solche geradezu elementaren Forderungen der Studentenbewegung und der Gewerkschaften wie die nach Mitbestimmung und Abrüstung, und es fehlt auch das konsequente Eintreten für Frieden und antiimperialistische Solidarität. Die Freude der Basisgruppen und der KBW-Maoisten, dergleichen "illusionäre" und "revisionistische" Forderungen zum großen Teil nicht mehr erwähnt zu haben, kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem die Juso-Hochschulgruppen für das Fehlen dieser Punkte verantwortlich sind.

Vom Juso-Bundesvorstand von Anfang an festgelegt, ließen sich die Juso-Hochschulgruppen vor allem von 2 Zielen leiten:

Dem Ziel der Zurückdrängung von SHB und MSB und von dem Ziel, der SPD-Regierung etwas "Ruhe an der Hochschulfront" zu verschaffen. Zu beidem war ihr Bündnis mit den Sektierern, die ihren letzten -beständig schwindenden- Einfluß im Fachhochschulbereich halten, notwendig. Diesen Zielen der Jusos und dem von ihnen eingegangenen Zweckbündnis mit den Chaoten mußte sogar eine Reihe von Positionen der fortschrittlichen Teile der Sozialdemokratie zum Opfer fallen. So lehnten die Jusos einen ursprünglich von ihnen selbst eingebrachten Antrag ab, in dem offensiv die Verwirklichung demokratischer Rechte des Grundgesetzes, wie die Verstaatlichung von Großbetrieben (Art.15), gefordert wurde - wo sie den linken Kräften in der SPD, die wegen dieser Forderung starken Angriffen ausgesetzt sind, einen "Bärendienst" erwiesen haben.

Daran wird klar: Für das Bündnis mit den Sektierern gibt es für die Jusos keine programmatische Notwendigkeit. Sie degradieren vielmehr ihre eigenen Programme zu einem Fetzen Papier, wenn sie ihre eigenen Forderungen für den studentischen Dachverband selbst ablehnen(!), um sich nicht "durch Annahme dieser Forderungen von den Basisgruppen abspalten zu lassen". Dieser auf den ersten Blick groteske Vorgang wiederholt sich allerdings im Verlauf der Gründungsversammlung so oft, daß die Jusos letztlich

um ihr Bündnis mit den Sektierern zu erhalten, auf alle fortschrittlichen Teile ihrer Programmatik verzichteten.

Notwendig war dieses Bündnis auch nicht im Interesse der Studenten, die ein klares Bekenntnis zu den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Forderungen brauchen, um nicht in die Isolation zu geraten - notwendig war das Bündnis mit den Sektierern nur zur Stillhaltepolitik des Juso-Bundesvorstandes (s. Sternmarsch), der die gewerkschaftsfeindlichen Basisgruppen als mehrheitsbildende Stimmmasse und als pseudolinkes Feigenblatt brauchte.

Die Basisgruppen - der entscheidende Bündnispartner der Jusos - repräsentierte eine sektiererische Strömung, die ihre Unfähigkeit in der praktischen Politik hinter viel pseudotheoretischem Gerede verbirgt und vor allem an den Fachhochschulen vertreten ist. Beherrschendes Element der Politik dieser Gruppen ist ihr Antikommunismus und ihre Organisations- und Massenfeindlichkeit - besonders ihre ablehnende Haltung gegenüber den Gewerkschaften. Diese Gruppen lehnen nahezu jede Orientierung auf Massenaktionen der Studenten ab, der sie in höchst mechanistischer Weise "die Bewußtseinsbildung" durch Diskussion und Aufklärung gegenüberstellen. Dabei übersehen die Basisgruppen die elementare materialistische Erkenntnis, daß sich politisches Bewußtsein vor allem im praktischen Handeln herausbildet. Sache dieser Gruppen ist dementsprechend weniger das Verändern, als das Interpretieren der Welt. Die daraus resultierende "links" gewendete Stillhaltepolitik verbirgt sich bei den Basisgruppen hinter pseudo-revolutionärem Geschwätz, das jeder einheitlichen Linie und inneren Logik entbehrt. So vereinigt diese Fraktion opportunistische Sozialdemokraten, Trotzlisten und Maoisten, auch in einer bayrischen Variante, der sog. "Demokratischen Front". Mit einem Vertreter dieser Gruppe ist es den Jusos denn auch erstmals gelungen, einen

Maoisten in den Vorstand des neuen Dachverbandes zu hieven. Die Klammer, die dieses merkwürdige Bündnis von Jusos und Maoisten zusammenhält, konnte darnach nur der Verzicht auf eine aktionsbezogene Vertretung studentischer Interessen und der gemeinsame Antikommunismus sein. Eine "Tendenzwende" oder gar den Beginn einer neuen Ära - wie ausgerechnet der LHV-Vertreter (0,5% Stimmanteil auf der MV) verkündete - bedeutet die einfache Mehrheit, über die diese Gruppen auf der Gründungsversammlung verfügten, allerdings nicht. Tatsächlich hat sich das Kräfteverhältnis im gesamten Hochschulbereich - d.h., wenn man die beiden alten Verbände VDS und SVI zusammenrechnet - deutlich zugunsten von SHB und MSB verändert. Während die von diesen Gruppen gestellten gewerkschaftlich orientierten Asten im alten VDS schon seit Jahren mit etwa 45% der Stimmen stellten, verfügten sie im SVI vor zwei Jahren erst über 25%, vor einem Jahr über etwa 35% und in diesem Jahr über fast 50% der Stimmen. Dadurch ergab sich für den gesamten Hochschulbereich für die SHB/MSB-Asten eine Verbesserung von etwa einem Drittel der Stimmen vor 2 Jahren auf etwas mehr als 40% bei der Gründungsversammlung des neuen Dachverbandes.

So ging die Kalkulation von Jusos, Basisgruppen und LHV - die noch vor einem Jahr gestimmt hätte, eine absolute Mehrheit gegen die SHB/MSB-Asten auf der Gründungsversammlung zu erreichen,

auch mit Hilfe des maoistischen KBW nicht auf. Deswegen fand sich auch auf der Versammlung keine positive Mehrheit für die Hauptresolution, die Jusos, Basisgruppen und LHV schließlich mit einfacher Mehrheit verabschiedeten. Für diese einfache Mehrheit mußte der LHV sogar noch Koalitionsvereinbarungen brechen, in dem die Stimmen des Asta Uni Freiburg nicht wie vereinbart zusammen mit den gewerkschaftlich organisierten Asten abgegeben wurden - was vom Präsidium der Versammlung (in dem die Negativkoalition von Jusos, Maoisten, LHV eine Mehrheit hatte) im Nachhinein abgesegnet wurde. Auf eine derartige Art und Weise schob sich das Präsidium des öfteren seine Mehrheiten zusammen.

So war es den gewerkschaftlich orientierten Asten nicht möglich, eine positive Orientierung der Studentenschaft durchzusetzen. Die von dem Juso/Maoisten/LHV-Bündnis verabschiedete Hauptresolution enthält keine praktischen Aktionsvorschläge, dafür um so mehr pseudolinkes Geschwätz. In ihr wird die Bedeutung des eigenen praktischen Handelns zur Erringung konkreter Erfolge ebenso wie für die Herausbildung eines politischen Bewußtseins bei den Kommilitonen völlig unterschätzt. Dagegen ist die einfache Erkenntnis, daß nur durch eigene Aktivität die Forderungen der Studenten durchgesetzt werden können, an der so oft beschworenen "Basis" sehr viel weiter verbreitet. Dieses Sommersemester ist

eines der aktionsreichsten seit langem. Viel zu brennend sind die Probleme der Studenten, viel zu knapp das BAföG, zu drückend die materielle Misere der Hochschulen und zu erschreckend das wachsende Ausmaß der Einschränkung demokratischer Rechte durch Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei, als daß die Probleme durch Stillhalten zu lösen wären.

Auf das Drängen von SHB und MSB hin, mußten in die Hauptresolution aber immerhin zu diesen entscheidenden Problembereichen einige wichtige Punkte aufgenommen werden. Für diese Forderungen und eine aktionsbezogene Politik gibt es unter den Studenten allerdings eine Mehrheit - das zeigen die Streiks der Fachhochschüler in NRW, die Aktionen gegen Lehrerarbeitslosigkeit und materielle Misere in Baden-Württemberg und Hessen ebenso wie die aktive Vorbereitung des Sternmarsches an den meisten Hochschulen.

Deshalb werden sich die von SHB und MSB gestellten Vorstandsmitglieder des VDS nicht auf eine Stillhaltepolitik festlegen lassen. Gerade weil die Hauptresolution des neuen Dachverbandes die Frage konkreter Aktionen völlig offenläßt, wird die Hauptarbeit dieser VDS-Vorstandsmitglieder vor allem in der Unterstützung der Aktionen der einzelnen Studentenschaften bestehen. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht gegenwärtig die Vorbereitung des Sternmarsches, der in diesem Semester der entscheidende Aktionsschritt zur Lösung der brennendsten Probleme der Kommilitonen ist.

Übrigens:

Der RCDS und seine Mitglieder klagen gegen das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft. Der DGB hält das politische Mandat für die verfaßte Studentenschaft für "unverzichtbar" (These 23 des DGB zur Hochschulreform).

**Beteiligt Euch an der Wahl!
Stärkt AStA und Fachschaften**



SKV

studentische kranken versicherung



Die Auseinandersetzung um die studentische Krankenversicherung ist in der letzten Zeit verstärkt in die Öffentlichkeit getragen worden. Bekannt ist, daß seit Jahren der Krankenversicherungsschutz für Studenten völlig unzureichend ist. Das gilt sowohl für die DSKV als auch für die örtlichen SKVs wie hier in Darmstadt, deren Leistungen aufgrund der miserablen finanziellen Situation und mangelnde Subventionierung durch die Landesregierung oft weit hinter denen der gesetzlichen Krankenversicherung zurückbleiben.

Noch krasser stellt sich die Situation für die Kommilitonen in Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz dar, für die es keine Studentische Krankenkasse gibt, und die allenfalls auf Umwegen über Arbeitsbescheinigungen u.ä. ein Beitrittsrecht in die gesetzlichen KV erwerben können. Diesen desolaten Zustand wußten die

Ersatzkassen, besonders die BEK und die DAK weidlich auszunutzen, um mit zweifelhaften Methoden und zu Dumpingpreisen die Studenten zu werben, wobei abzusehen ist, daß die Beitragssätze auch für Studenten in absehbarer Zeit auf kostendeckendes Niveau angehoben werden sollen. Die Verworrenheit wurde noch größer, als bekannt wurde, daß die DSKV im Jahre 75 ihre Tätigkeit einstellen würde. Der rapide Kostenanstieg in der Gesundheitsversorgung der in erster Linie auf die Preispolitik der Pharmaindustrie zurückzuführen ist, hatte zu einem ebenso rapiden Anwachsen der studentischen Beiträge geführt. (Und zwar von 48,-- auf 85,-- bei der DSKV sogar von 48,-- auf 115,-- DM).

Für einen großen Teil der Darmstädter Studenten bedeutet das: Zahlung eines Beitrages von ca. 60 DM pro Semester, ohne irgendwelche Leistungen dafür in Anspruch nehmen zu können, weil die Grundlage der SKV die subsidiäre Leistungsverpflichtung ist. D. h. diese Kasse leistet nur, wenn der Student in keinem anderen Versicherungsverhältnis steht (etwa durch Mitversicherung bei den Eltern).

Dieser Uneinheitlichkeit auf dem Gebiet der studentischen Krankenversorgung soll nun durch Änderung der Reichsver-

sicherungsordnung (RVO) ein Ende gesetzt werden. Die Studenten sollen in die gesetzliche Krankenversorgung miteinbezogen werden, womit einer seit Jahren von vds, DSW und DGB erhobenen Forderung Rechnung getragen wird.

Bereits am 20.11.73 hatt der ehemalige Bundeswissenschaftsminister von Dohnany eine gesetzliche Regelung angekündigt, die aber dann über ein Jahr lang verschleppt worden ist. Erst als der Bundesrat die Initiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung aufgriff und einen Entwurf erarbeitet (den die Bundesregierung als "finanziell nicht abgesichert" ablehnte) sahen sich die SPD/FDP-Fraktionen im Bundestag zum Reagieren veranlaßt.

Am 18.12. wurde plötzlich ein Entwurf aus der Tasche gezogen, nachdem die studentische Öffentlichkeit, vds, DSW, bis zuletzt im Unklaren gehalten und mit Gerüchten abgespeist worden waren.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe des Bundesrates und der SPD/FDP-Fraktionen stellen aber aus folgenden Gründen keine akzeptable Lösung dar:

1. Beide Entwürfe gehen von sozial nicht tragbaren Beitragssätzen aus (5 % des Bafög mit Darlehensanteil) also 25,-- DM (im Monat). Die beitragspflichtigen Bafög-Empfänger erhalten zusätzlich 10 DM pro Monat durch entsprechende Aufstockung des Förderungsbeitrages, so daß sich deren Eigenbeteiligung auf 15 DM ermäßigt.

2. Der Bund beteiligt sich nur mit einem Zuschuß von 15 DM, der aber bei weitem nicht zur Kostendeckung reicht.

Stillschweigend wird den Kassen die Übernahme des restlichen Betrages untergejubelt und eine der wesentlichen Punkte der vds-Vorstellung unter den Tisch gekehrt, daß nämlich die Eingliederung der Studenten in die gesetzlichen Kassen keinesfalls zu einer zusätzlichen Belastung der Kassengemeinschaft führen darf. Angesichts der ohnehin katastrophalen finanziellen Situation im öffentlichen Gesundheitswesen (s. Beitragsexplosion bei den AOKs und den Ersatzkassen) werden Arbeiter und Angestellte einen Teil der Mittel für die Krankenversorgung der Studenten durch erhöhte Beiträge auffangen müssen.

3. Die Beiträge der Studenten sollen jeweils um ein Semester im voraus bezahlt werden - wogegen Bafög nur monatlich ausbezahlt wird. Die Entrichtung der Beiträge wird wie bisher an die Einschreibung bzw. Rückmeldung

gekoppelt sein. Für die Unis wird das Verwaltungsaufwand ergehen, da die Unis verpflichtet werden sollen, den zuständigen Kassen die erforderlichen Angaben zukommen zu lassen.

- Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze der AOKs
- Stärkung der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Kassen durch garantiertes Verbleiben der Versicherten für eine festgesetzte Zeit nach Beendigung des Studiums.

Die Gespräche der ASten mit den Vertretern des DGB und der AOK umfassen jedoch nur die eine Seite unseres Aktivwerdens für eine sozialtragbare Lösung der studentischen Krankenversorgung. Gleichzeitig müssen wir die Forderungen des vds, wie sie im Alternativentwurf ihren Niederschlag gefunden haben, in den Fachschaften und den Sozial-AGs diskutieren und unter den Studenten verankern.

Für die augenblickliche Situation gilt:

Laßt Euch nicht durch die diversen Ersatzkassen und privaten Versicherungen irreführen, die z.Z. verstärkt ihre Werbekampagnen durchführen und mit zum Teil falschen Behauptungen versuchen die Studenten in ihre Kasse zu locken.

Die gesetzliche Neuregelung der studentischen Krankenversicherung ist noch nicht endgültig verabschiedet worden. Sie tritt voraussichtlich am 1.10.75 in Kraft.

Der vds hat angesichts der vorliegenden Gesetzentwürfe einen Alternativentwurf erarbeitet, der auf den seit Jahren erhobenen Forderungen von vds, DGB, DSW und WRK basiert und in dem folgende wesentlichen Punkte enthalten sind:

- Bundeseinheitliche Regelung der studentischen Krankenversicherung, die am 1.10.75 in Kraft tritt
- Sozial tragbare Beitragsätze, die 3 % des Bafög-Regelbedarfssatzes ohne Darlehensanteil nicht überschreiten dürfen
- Keine Belastung der Solidargemeinschaft, sondern höhere Bezuschussung durch Länder und Bundesmittel durch Umverteilung der Haushalte:
- Steigerung der öffentlichen Leistungen im Gesundheitswesen für Versicherte mit niedrigem Einkommen;
- Öffentliche Kontrolle der Preisgestaltung der Pharma-Konzerne und der Ärztegebühren
- Tragbare Inkassomodalitäten (keine halbjährliche Vorauszahlung der Beiträge)
- Befreiungsmöglichkeiten nur im Rahmen der Familienhilfe, keine Befreiungsmöglichkeiten zur privaten Krankenversicherung
- Mitbestimmungsmöglichkeiten in den satzungsmäßigen Organen der Krankenkassen (Studenten kandidieren auf den Listen des DGB)

Bis zum 30.9.75 werden wir weiterhin durch die Darmstädter SKV versichert sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht also noch keine dringende Notwendigkeit, sich anderweitig zu versichern.

Der AStA wird Vorstellungen bezüglich der Krankenversicherung in den o.g. Gesprächen zu präzisieren suchen und weiter darüber informieren.

Rundfunk - und Fernsehgebühren können alle Kommilitonen sparen, deren Einkommen unter 486 DM zuzüglich der Miete liegt. Anträge auf Erlassung dieser Gebühren sind beim Sozialamt der Stadt Darmstadt erhältlich.

STIMME AUS DEM SUMPF



DER ASTA VERÖFFENTLICHT IM FOLGENDEN EINEN ARTIKEL

DER BASISGRUPPE BAUINGENIEURE, DIE ZUM STUPA AUF DER

LISTE 1, UND ZUM FB 14 AUF DER LISTE 2, ZUM FB 13 AUF DER

LISTE 1 KANDIDIERT.

Seit einigen Tagen fällt uns die sehr aufwendige Plakatwerbung (Schnell-druck, bunt und teuer) für eine Fachbereichskandidaten - Liste auf im FB 14. Die Kandidaten dieser Liste nennen sich "Unabhängige" und erwarten vermutlich, daß sich wieder eine Reihe von Studenten sicherheitshalber für "Unabhängige" entscheidet, statt sich die eigenen Schwierigkeiten bzw. Interessen einmal genauer zu überlegen, mit anderen Studenten darüber zu reden und sie allmählich in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu verstehen. Es müßte doch aber verständlich sein, daß Diskussionen im FB-Rat zum Beispiel über den Aufbau der Studiengänge, finanzielle Entscheidungen oder gar die Berufung neuer Hochschullehrer eminent politische Auseinandersetzungen sind. daß es also unbedingt notwendig ist, bei einer "rein sachlichen" Diskussion auch die Zustände in unserer Gesellschaft mit zu beleuchten, die die Profs zu ihren Entscheidungen veranlassen - und also daraufhin eine eigene Meinung zu vertreten. Ohne dieses Einbeziehen gesellschaftlicher Vorgänge ist man den meisten Problemen in den Gremien hilflos ausgeliefert - insofern stellt auch die Bezeichnung "Unabhängige" eine ernstzunehmende Täuschung dar, als mindestens ein Kandidat engagiert beim Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) mitarbeitet. (J.Schnell jun.)

Auch die Forderungen auf dieser Liste erweisen sich als leere Versprechungen - wir halten es für sinnvoller, allen Studenten klarzumachen, welche Einflußmöglichkeiten in den Gremien überhaupt vorhanden sind; Aufgrund der Paritäten sind sie nämlich so gut wie unmöglich (FB 14: 5 Stud. 12 Profs) und selbst wenn Beschlüsse im Interesse der Studenten durchgesetzt werden können, könne sie mit Hilfe der gesetzlichen Fachaufsicht des Kumi wieder aufgehoben werden.

An unserer Ausbildungssituation kann sich daher nur wirklich etwas ändern, wenn sich alle Studenten für Veränderungen einsetzen; wir sollten deshalb auch nur solche Vertreter wählen, die Vorstellungen und Forderungen mit ihren Kommilitonen zusammenaufstellen, die nicht nur Fordern, sondern gemeinsam mit den Studenten arbeiten - und die nicht ihr privates Karriere - Süppchen in den Gremien kochen!

BASISGRUPPE BAUINGENIEURE

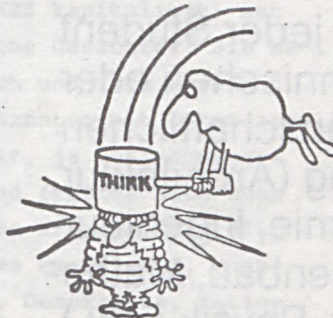
FACHBEREICH • 14

BAUINGENIEURE

LIEBE KOMMITONEN !

DIE ETABLIERTEN STUDENTENVERTRETER HABEN IN DER VERGANGENHEIT -AUS WELCHEN BEWEGGRÜNDEN AUCH IMMER - UNSERE INTERESSEN UNGEEIGNET VERTRETEN. WIR DAGEGEN SIND FREI VON IDEOLOGISCHEM BALAST UND GEWILLT, DIE BESTEHENDEN PROBLEME SACHLICH IN ANGRIFF ZU NEHMEN:

NICHT MIT DEM HAMMER
ARGUMENTIEREN...



- DIE ZU THEORETISCHE AUS-
BILDUNG IM GRUNDSTUDIUM
- DIE UNZUMUTBARE ARBEITSBE-
LASTUNG NACH DEM 4. SEMESTER
- DIE ZU GROSSEN ÜBUNGS-
GRUPPEN
- DIE MANGELHAFTE UNTER-
STÜTZUNG DURCH LERNMITTEL
- DIE FEHLENDE TRANSPARENZ
DES STUDIENGANGES

WEG MIT DER IDEOLOGIE AM FALSCHEN PLATZ -
WAHLT UNABHÄNGIGE KANDIDATEN
IN EURE VERTRETUNGSORGANE

S & W ALBERT U DREWES, M MEIER, E RIPPERT, J SCHNELL, W WENISCH

WAHLEN ZUM FACHBEREICHSRAT 10. -13. JUNI 1975

LISTE I - UNABHÄNGIGE



★ TK heißt Techniker-Krankenkasse ★

TK-Information für Studenten technischer und naturwissenschaftlicher Fachrichtungen:

Voller Kranken- Versicherungsschutz sofort für monatlich **16,- DM** ohne Nachweis eines Jobs.

Außerdem: Studenten-Familien zahlen monatlich nur 18,— DM.

Bei uns ist jeder Student einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung (Architektur, Biologie, Chemie, Ingenieurbau, Maschinenbau, Mathematik, Physik usw.) versicherungsberechtigt. Ein Nachweis z. B. als Werkstudent ist bei TK nicht erforderlich!

TK-Leistungen kann sich jeder Student leisten.

TK-Leistungen sind Höchstleistungen. Auf allen Gebieten. Wir garantieren sofortigen Versicherungsschutz. Und ganz wichtig: Bei TK gibt es keine Wartezeiten, Vorerkrankungen werden eingeschlossen und die Semesterzahl ist nicht begrenzt.

Wenn Sie sich für die TK interessieren, wenden Sie sich bitte an eine unserer Geschäftsstellen in Ihrer Nähe.

TECHNIKER-KRANKENKASSE

Ersatzkasse für die technischen Berufe

6100 Darmstadt 1

Saalbaustraße 11

Tel.: (0 61 51) 2 63 58/59

und ☎ 2 63 59

VIETNAM

ENDLICH BÜRGER EINES FRIEDLICHEN, UNABHÄNGIGEN UND DEMOKRATISCHEN VIETNAMS.

Am 30. April wurde Saigon befreit, der Frieden in Vietnam wieder hergestellt.

Die vietnamesischen Studenten in der BRD begrüßen aufs herzlichste die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam. Sie sehen darin den unwiderstehlichen Erfolg eines 117 Jahre währenden Kampfes des vietnamesischen Volkes um Unabhängigkeit, Freiheit und nationale Einheit. Die Kapitulation des Saigoner Regimes, des Instrumentes des amerikanischen Imperialismus, bedeutet den Sieg deropferreichen Anstrengungen der Bevölkerung Südvietnams und des ganzen vietnamesischen Volkes für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie, nationale Einheit und Eintracht, sowie die Verwirklichung des Pariser Abkommens.

Mit der Beendigung der neokolonialistischen Herrschaft der USA in Vietnam und der Unterdrückung des Volkes durch das Marionettenregime ist ein finsternes Kapitel der Geschichte abgeschlossen und eine grundsätzlich neue Etappe eröffnet, wie sie den brennend-

sten Wünschen des vietnamesischen Volkes entspricht und im 7- und 10-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionsregierung (PRR) der Republik Südvietnam (RSV) zur Verwirklichung der nationalen Eintracht beschrieben ist.

Vietnamesische Studenten in der BRD

Für die vietnamesischen Studenten ist der 30. April ein unvergeßlicher Tag. Schon am frühen Morgen (Saigon hatte um 03.15 Uhr MEZ kapituliert) sah man fröhliche Gesichter. Sie begrüßten sich und ihre ausländischen Bekannten mit besonderer Herzlichkeit, ja Überschwenglichkeit und freuten sich über das Ende des Krieges, den Sieg ihres Landes um Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie, nationale Einheit und Versöhnung und Eintracht.

Am 2. Mai hatten sich in der Bad Godesberger Viktoriastraße, dem Sitz der südvietnamesischen Botschaft in der BRD, vietnamesische Studenten eingefunden und bekundeten ihre Freude über das Ende des Krieges. Es

Die vietnamesischen Studenten, die Mitglieder des "Komitee zur Wahrung der Rechte der vietnamesischen Studenten in der BRD" sind und in der letzten WUB ein Interview gegeben hatten, nehmen hier Stellung zur neuen Lage in Vietnam und der jetzigen Situation der vietnamesischen Studenten in der BRD.

bot sich ein ungewöhnliches Bild: überall wehten die rotblauen Fahnen mit dem goldenen Stern, die Fahne des befreiten Südvietnams. 350 - 400 vietnamesische Studenten hatten sich spontan versammelt. Sie erklärten dem noch anwesenden Botschaftspersonal das 7- und das 10-Punkte-Programm der PRR der RSV und baten die bundesdeutsche Regierung, das Botschaftsgebäude sowie sein gesamtes Inventar bis zur Übernahme durch die jetzige Regierung Südvietnams zu schützen.

Bei aller Disziplin wird es zu einer Manifestation der Freude und Unbekümmertheit. Eine gelöste, freundschaftliche Atmosphäre breitete sich aus, die auch die Polizisten erfaßte. Rote Nelken für die Polizei, die Kameralleute des Fernsehen, die Passanten. Eine Erklärung, die von der "Vereinigung vietnamesischer Patrioten in der BRD", dem "Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD", der "Union der vietnamesischen Studenten in der BRD", dem "Verband vietnamesischer buddhistischer Studenten in der BRD", dem "Verband

vietnamesischer katholischer Studenten in der BRD" und von Vereinen bzw. Vertreter vietnamesischer Studenten in 23 Städten der BRD unterzeichnet ist, wurde verlesen: "Die vietnamesischen Studenten begrüßen die humanitäre und materielle Hilfeleistung der Bevölkerung der BRD und sehen darin einen Beitrag zur Vertiefung der Freundschaft zwischen dem deutschen und vietnamesischen Volk! Sie begrüßen den Frieden in Vietnam und die Revolutionsregierung Südvietnams!" Am gleichen Abend fanden sich die Studenten zu einer Feier und einer kulturellen Veranstaltung zusammen.

Anlässlich des 8. Gründungstages der Union der vietnamesischen Studenten in der BRD (UVS), des Dachverbandes aller vietnamesischen Vereine, und der Wiederherstellung des Friedens in Vietnam veranstalteten 450 vietnamesische Studenten aus allen Teilen der BRD und West-Berlin eine Tagung vom 15.-19. Mai in Stuttgart.

An zwei Abenden boten sie im überfüllten Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart für ihre deutschen Freunde und Interessierten einen Kulturabend. Ungeachtet der schnellen Vorbereitung waren die zwei Veranstaltungen ein voller Erfolg.

Unter dem Motto: "Es lebe die deutsch-vietnamesische Freundschaft" und "Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit", zeigten die vietnamesischen Studenten in Gesängen, Tänzen und Theaterstücken Szenen aus der vietnamesischen Geschichte und dem Kampf ihres Volkes gegen ausländische Unterdrücker um Unabhängigkeit und Freiheit.

In Volksfeststimmung veranstaltete die UVS das weitere Programm der Tagung mit dem Schwer-

Lage der Studenten nach der Befreiung Vietnams und ihrer Aufgaben bei der Rekonstruktion ihres zerstörten Landes. Zum Abschluß der Tagung am 19. Mai, dem Geburtstag des Präsidenten Ho chi Minh, würdigten die Studenten sein Werk und Leben. Jeder Fortschritt, den das vietnamesische Volk während der letzten 40 Jahre errungen hat, ist untrennbar verbunden mit dem leuchtenden revolutionären Leben des Präsidenten Ho chi Minh als dem großen Führer der vietnamesischen Nation in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit.

Geist der nationalen Einheit u. Eintracht

In Südvietnam selbst beginnt sich das Leben zu normalisieren. Aus den überfüllten Großstädten kehren die ersten Bombenflüchtlinge in ihre Heimatgebiete zurück.

Die ganze Nation erfreut sich des Friedens und des Beginns eines neuen Lebens in einem Geist der Versöhnung und nationalen Eintracht, wie sie im 7- und 10-Punkte-Programm der PRR der RSV dargelegt ist. Sogar die ehemalige Prominenz Saigons, wie z. B. über 30 Generäle und andere hohe Offiziere und Beamte des gestürzten Thieu-Regimes erfreuen sich der Freiheit und unterstützen die Politik der Revolutionsregierung.

Der Saigoner Erzbischof äußerte im Namen der katholischen Vietnamesen seine Freude über die Wiederherstellung von Demokratie und Unabhängigkeit.

Die vietnamesischen Studenten in der BRD fühlen sich auch in diesem Sinne als Teil der befreiten Bevölkerung Südvietnams. Selbstverständlich gehören auch die Mitglieder von Organisationen, die

vor dem 30. April 1975 im Interesse der USA und der ehemaligen Saigoner Behörden gegründet wurden, zur Gesamtheit der vietnamesischen Studenten.

Entsprechend dem Gedanken der nationalen Eintracht sind die vietnamesischen Studenten bereit zu vergessen, was die ehemalige Saigoner Botschaft mit gezielten Repressalien, die nur durch Bespitzelungen möglich wurden, ihnen jahrelang zugefügt hat.

Eine verschwindend kleine Minderheit von Ex-Handlangern der USA und des gestürzten Thieu-Regimes versucht nach wie vor ihre alte Politik der Spaltung und Unruhestiftung unter den vietnamesischen Studenten weiter zu treiben.

Diese Leute, die die neue Epoche in Vietnam nicht verstehen wollen, scheuen sich nicht, auch Gewalt anzuwenden, um Haß zu säen und die Einheit und Eintracht zu sabotieren. Sie hoffen, durch ihre Übergriffe Gegenaktionen zu provozieren, um sich dann als Unterdrückte der Öffentlichkeit präsentieren zu können. (!)

Es ist bedauerlich, daß sie Opfer ihrer eigenen Propaganda und Lügen zu werden drohen und sogar einige Vertreter des öffentlichen Lebens der BRD unter Vorspiegelung falscher Tatsachen für ihre Zwecke einzuspannen versuchen.

Dabei nutzten sie die Tatsache des überraschend schnellen politischen und moralischen Zusammenbruchs des Thieu-Regimes aus, um bei einigen Studenten eine Stimmung der Panik zu erzeugen, die es ihnen unmöglich machen sollte, die Entwicklung in Vietnam mit nüchternem Blick zu verfolgen. Unter dem Vorwand, sich um die sozialen Belange der vietnamesischen Studenten kümmern zu

wollen, setzten sie voreilige und nicht zutreffende Behauptungen in die deutsche Presse: "Nach der Beendigung des Krieges in Vietnam ist das Schicksal der südvietnamesischen Studenten an der TH und der Fachhochschule Darmstadt doppelt ungewiß. Keiner weiß so recht, ob und wie er nach dem Studium in seine Heimat zurückkehren kann, während der Aufenthalt in der Brundrepublik langfristig ebenfalls nicht gesichert ist." (DE v. 10.5.75)

Die Frage der Absicherung des Lebensunterhalts stellt sich nicht erst seit dem Zusammenbruch der Diktatur in Saigon, sondern bestand schon zu Anfang der 70er Jahre, als einerseits im Zuge von "Disziplinierungsmaßnahmen" Studenten die Geldüberweisungen gesperrt wurden und andererseits die

Behörden in Saigon das negative Währungsgefälle zur BRD durch US-Dollar-Stützkurse nicht mehr ausglich.

Die vietnamesischen Studenten in der BRD sind sehr dankbar für jede geleistete Hilfe, die es ihnen ermöglicht, ihr Studium erfolgreich abzuschließen, um dann einen würdigen Beitrag bei dem Wiederaufbau ihres Landes in Unabhängigkeit und Freiheit leisten zu können. Diese Hilfe entspricht den Notwendigkeiten Vietnams und müßte allen vietnamesischen Studenten in der BRD zuteil werden.

Vor der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen wäre jeder Schritt in Richtung eines Ersuchens um politisches Asyl unüberlegt und voreilig. Denn zur Tagesordnung normaler Beziehungen gehören auch die Regelungen der Fragen der Aufenthaltsgenehmigung, der erfolg-

reichen Beendigung des Studiums und der finanziellen Angelegenheiten für alle Vietnamesen.

In der jetzigen Situation Gerüchte und Unsicherheit zu verbreiten, soll nur dazu dienen, die Einheit und Eintracht der vietnamesischen Studentenschaft negativ zu beeinflussen.

Für alle vietnamesischen Studenten in der BRD ist das Gebot der Stunde Solidarität und Einheit, des Friedens und der Unabhängigkeit Vietnams, die gegenseitige Hilfe bei der Überwindung der momentanen Schwierigkeiten zur Absicherung des Lebensunterhaltes

, um sich am Wiederaufbau ihres Heimatlandes zu beteiligen.

entlassungen VON HIWIS UND TUTOREN ?

WEITERE ENTLASSUNGEN VON HIWIS UND TUTOREN DROHEN

● stehen vor der gleichen Situation wie im SS 74 und WS 74/75: Wieder versucht die Hochschulspitze bzw. das Kultusministerium den Hiwis und Tutoren ihre (seit 1.1.75) zustehenden Gehaltserhöhungen vorzuenthalten! Gleichzeitig sind heute wie damals 30% des Sachmitteltats der Hochschule eingefroren. (Aus ihm werden Hiwi-Gelder bezahlt!) Diese beiden Gründe veranlassen die Hochschule die Hiwi-Stellen in Mathematik zu

kürzen, was katastrophale Übungsbedingungen zur Folge hatte. Aufgrund des Druckes der Hiwis und Studenten wurde damals die Erhöhung nachgezahlt, die Stellen aber blieben reduziert! Heute gilt es, weitere Verschlechterungen des Studienbetriebs zu verhindern. Die GEW-Hochschulgruppe schrieb folgenden Brief an den Präsidenten, der bisher noch nicht geantwortet hat:

(siehe S. 22
im Kasten)

Der AstA der THD fordert den Präsidenten auf, für die tarifgemäße Bezahlung der wissenschaftlichen Hilfskräfte Sorge zu tragen.

- Keine Entlassungen von Tutoren, und Hiwis, damit sich die Studiensituation nicht noch mehr verschlechtert.

Um in Zukunft den alljährlichen Unverschämtheiten einen Riegel vorzuschieben fordern wir zusammen mit der GEW, den Haushaltstitel für Hiwi- und Tutorenbezahlung von einem Sachmitteltitel in einen Personaltitel umzuwandeln, damit auch die Hiwi- und

**Tutorengehälter zu Zukunft
automatisch dynamisiert
werden!**

**Auf der Vollversammlung
am 10.6. werden wir dis-
kutieren, wie wir diesen
Forderungen zusammen mit
der GEW-Hochschulgruppe
Nachdruck verleihen kön-
nen.**

Offener Brief

An den
Präsidenten der THD

Darmstadt, den 21.5.1975

GEW-Sektion an der THD
- Vorstand -

Sehr geehrter Herr Präsident!

Bereits in unserem Schreiben vom November 1974
(siehe " DIE HOCHSCHULE " vom 26.11.1974) haben wir
Sie aufgefordert, sich bei Lohnerhöhungen im öffent-
lichen Dienst gegenüber dem Kultusministerium für eine
automatische Anhebung der Vergütung für Tutoren und
wissenschaftliche Hilfskräfte einzusetzen. Dies muß
auf Grundlage der gültigen Tarifverträge und zwar rück-
wirkend zu den tarifvertraglich festgesetzten Terminen
geschehen.

Nun sind wiederum zum 1.1.1975 Lohnerhöhungen im öffent-
lichen Dienst vereinbart worden (6% und eine einmalige
Zulage von 100DM als Ausgleich für die längere Lauf-
zeit). Diese Lohnerhöhung ist bisher nicht an die
HiWi's und Tutoren weitergegeben worden. Bereits am
23.4.1975 sind Sie von studentischen Hilfskräften im
Fachgebiet Soziologie darum gebeten worden, den zustehen-
den Lohn baldmöglichst nachzuzahlen.

Bisher haben Sie es noch nicht einmal für nötig befun-
den, auf diesen Brief zu antworten.

Die GEW-Sektion der THD fordert Sie daher nochmals auf,
Ihrer Pflicht als Dienstherr nachzukommen und dafür Sorge
zu tragen, daß die HiWi's und Tutoren - und zwar in allen
Fachbereichen - für ihre Arbeit ordnungsgemäß bezahlt
werden.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Schwarz

KOLLEKTIV - BUCH , BÜCHERTISCH MENSA , DI.UND DO. 12-14 UHR

*Wir sind ein Kollektiv und machen keine privaten Profite.
Als Hauptaufgabe haben wir uns gesetzt, sozialistische und
sonst in Darmstadt kaum erhältliche Literatur anzubieten.*

Aus unserem Angebot:

Miklós Haraszi	"Stücklohn"	7,- DM
Brot & Rosen	Frauenhandbuch 1	6,- DM
Karl-Heinz Roth	"Die andere Arbeiterbew."	19.80 DM
Leila Khaled	"Mein Volk soll leben "	12.80 DM
Harald Wieser	Schulkampf	5,- DM

*Wir liefern aktuelles Informationsmaterial zu Fragen der
Hochschulpolitik, Arbeiterbewegung, Ökonomie und Pädagogik.*

Maulkorb für AStA?

Am 24. April 75 verschickte der AStA der THD an 280 Professoren Unterschriftenlisten, die sich gegen den faschistischen Mordterror gegenüber konsequenten Demokraten, Gewerkschaftern und Sozialisten in Argentinien richteten.

Es braucht wohl nicht mehr gesagt zu werden, daß angesichts der ständig zunehmenden Unterdrückung und Verfolgung von Demokraten und Sozialisten und den Organisationen der Arbeiterbewegung durch faschistische Regime und Militärdiktaturen in Lateinamerika die internationale Solidarität zu einer Existenzfrage schlechthin für die Kräfte geworden ist, auf denen die Hoffnung der lateinamerikanischen Völker auf eine Zukunft in Selbstbestimmung gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung beruhen. Bis jetzt haben nur einige der angeschriebenen Professoren die Listen unterschrieben zurückgesandt. Hat die Mehrzahl der Professoren aus Desinteresse oder Angst nicht unterschrieben oder billigen sie die argentinischen Zustände? DROHUNGEN MIT STRAFRECHTLICHEN KONSEQUENZEN DURCH DEN PRÄSIDENTEN BÖHME. Am 8.5.75 erreichte uns ein Brief des Präsidialamtes:

Der Artikel des Darmstädter Tagblatts beschäftigte sich mit dem AStA der Uni Marburg, der 1.000,-- DM Strafe zahlen muß weil er eine Vietnam Solidaritätsveranstaltung organisiert hat.

Antwort des AStA der THD an den Präsidenten: →

Diese Vorfälle machen deutlich, was dahintersteckt, wenn die Hochschul- und Kultusbürokratie die politische Betätigung der Studentenschaft verbieten will:

Die politische Entmündigung der Studenten als Gemeinschaft, die Kastration der Inte-

Betr.: Politische Betätigung der Studentenschaft 7. Mai 1975

16/2820

Sehr geehrter Herr Senger!

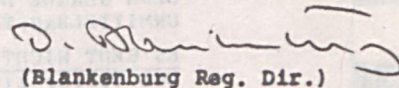
IB-600-5-2 wy

In der Anlage übersende ich Ihnen die Kopie eines Artikels aus dem "Darmstädter Tagblatt" vom 3.5.1975 zur Kenntnisnahme. Ich tue dies im Hinblick auf ein Flugblatt vom 24.4.1975, das vom AStA zur Situation in Chile herausgegeben wurde.

Ich möchte darüber hinaus noch darauf hinweisen, daß die Verwendung von Geldern der Studentenschaft für derartige Zwecke nicht nur unzulässig ist, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen haben kann. Ich hatte dem AStA bereits vor einiger Zeit eine Verfügung des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Frankfurt zu dieser Frage übersandt.

Ich möchte Sie - nicht zuletzt im Interesse der Studentenschaft - bitten, sich auf die Wahrnehmung der der Studentenschaft kraft Gesetzes übertragenen Aufgaben zu beschränken.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:


(Blankenburg Reg. Dir.)

1 Anlage

Se/St

15. Mai 1975

Sehr geehrter Herr Präsident,

zu Ihrem Brief vom 7.5.75 ist folgendes festzustellen: Es handelt sich bei der von Ihnen angesprochenen politischen Aktivität des AStA nicht um ein Flugblatt über Chile, sondern offensichtlich um eine Unterschriftensammlung gegen den faschistischen Terror in Argentinien, die als Rundbrief an alle Professoren der TH verschickt wurde. Diese Unterschriftensammlung wird bundesweit durchgeführt. Die Unterzeichner fordern die argentinische Botschaft auf, zu den Vorfällen in Argentinien Stellung zu beziehen und dem politischen Mordterror Einhalt zu bieten.

Die Unterstützung dieser Unterschriftenlisten durch den AStA ist ein Akt der Humanität und zielt unmittelbar darauf ab, Menschenleben zu retten. Daß dies möglich ist, zeigen ähnliche Aktionen zu Chile. Diese aktive Solidarität beinhaltet zwangsläufig auch eine politische Wertung der Situation in Argentinien und ist deshalb ein Argument mehr für das Recht des AStA, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Machen Sie sich bitte klar, was es bedeutet, wenn heute in der BRD ein Organ der studentischen Selbstverwaltung "strafrechtliche Konsequenzen" angedroht werden, falls es sich gegen den Faschismus einsetzt.

Zum Schluß möchten wir Sie bitten, auch gegen den faschistischen Terror in Argentinien zu protestieren und die beigelegte Unterschriftenliste zu unterzeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

(Peter Senger)
Hochschulreferent

Anlage

ressensvertretungsorgane der Studenten zu bloßen Dienstleistungsbetrieben! Eines aber wird genauso deutlich: Es ist das Recht und die Pflicht der gewählten Or-

gane der Studentenschaft, ausgehend von den Interessen der Studenten sie über politische Maßnahmen des Staates zu informieren und dazu aktiv Stellung zu nehmen. Damit die Organe der Studentenschaft auch

weiterhin gegen den Faschismus eintreten können, kommt zur Vollversammlung am 10.6. um 16 Uhr ins Audi Max, wo wir Maßnahmen gegen diese Einschränkungen diskutieren werden.

Aktive internationale Solidarität! Gegen den faschistischen Mordterror!

Verteidigen wir das Leben und die Rechte der Demokraten und Sozialisten in Argentinien und ganz Lateinamerika

"Seit dem 11. September 1973 unterdrückt eine faschistische Militärdiktatur mit brutalem Terror das chilenische Volk. Nach Brasilien, Paraguay, Bolivien und Uruguay ist somit ein weiteres südamerikanisches Land unter die direkte Kontrolle faschistischer Militärs gekommen. (...) Doch auch in den übrigen, heute noch "relativ freien Staaten" des lateinamerikanischen Kontinents verstärken sich zunehmend faschistische Tendenzen, innenpolitische Repression und Verfolgung politischer Oppositionsgruppen." (Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten in der SPD, München, 25.-27.1.1974, S. 55)

Allein heute gibt es in Lateinamerika schon 10 faschistische Militärregierungen, und in zwei anderen sind die Demokratie und die sogenannten freien Wahlen nichts anderes als eine Farce. Über 150 Millionen Menschen leben in Lateinamerika unter faschistischen Regierungen und Diktaturen.

Vor allem für ein Land ist diese Tendenz heute zum bitteren Tagesalltag geworden: für Argentinien!

Faschistischer Mordterror entläßt sich dort Tag für Tag auf die Bevölkerung! Nachdem der chilenische Widerstand vorläufig in Blut gebadet werden konnte, haben faschistische Todeskommandos heute die argentinischen Demokraten und Sozialisten und ihre Organisationen im Visier. DERN GERADE DIE KAMPFKRAFT DER ARGENTINISCHEN MASSEN BEDROHT HEUTE AN UNMITTELBARSTEN DIE DIKTATOREN IN GANZ LATEINAMERIKA.

ES GEHT NICHT NUR UM ARGENTINIEN!

Der Terror zielt gerade auch auf die mehr als Millionen Emigranten und Flüchtlinge, die, um ihr nacktes Leben zu retten, ihre Heimatländer Chile, Bolivien, Uruguay und Brasilien verlassen mußten!

12. September 1974:

Die faschistische Terrororganisation AAA (Argentinische Antikommunistische Allianz), deren großes Vorbild Adolf Hitler ist und die im "Weltjudentum" ihren größten Feind sieht, entführt 5 uruguayische Jugendliche. Die einzigen beiden Überlebenden berichten: "Die AAA setzt sich hauptsächlich aus Polizisten zusammen. Sie wird von höchster Regierungsstelle aus geleitet." - FR, 5.11.74

Ebenfalls im September werden zwei Mitglieder der peronistischen Jugendorganisation (Juventud Peronista) erschossen. Ein Überlebender: "Die Mörder sagten, sie seien Polizisten".

Terrorbanden stürmen die Gewerkschaftshäuser in Córdoba. Der Sitz der Graphiker- und Druckergewerkschaft wird verwüstet.

Im November wird auch ausländischen Journalisten mit dem Tod gedroht. Zwei Mitglieder der PCR (Partido Comunista Revolucionario) werden erschossen.

13. Dezember 1974:

Auf offener Straße werden 12 Mitglieder verschiedener sozialistischer Organisationen (PST-Partido Socialista de los Trabajadores; PO-Partido Político Obrero) entführt und massakriert.

IN ALLEN FÄLLEN: KEINE VERFOLGUNG UND BESTRAFUNG DER TÄTER, JA Sogar wohlwollendes Adwarten der Regierung!

ALLEIN IM 2. HALBJAHR 74 SIND ÜBER 200 DEMOKRATEN, GEWERKSCHAFTER UND SOZIALISTEN OPFER DER FASCHISTISCHEN BANDEN GEWORDEN!

Konsequente Sozialisten, Demokraten: ALLE sind aufgerufen, aktiv zu werden zur Rettung der politischen Verfolgten, zur aktiven Solidarität!

Schluß mit dem Mordterror! Bestrafung der Verantwortlichen! FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

WIR PROTESTIEREN MIT UNSERER UNTERSCHRIFT BEI DER ARGENTINISCHEN BOTSCHAFT IN DER BRD UND ERWARTEN VON IHR RECHENSCHAFT FÜR DAS VERHALTEN IHRER REGIERUNG.

JOURNAL

INITIATIVE

BÜRGER GEGEN BERUFSVER-
BOTE

Hat eine Versammlung
am 12.6. 1975
im "Gasthaus zur Krone"

Die FACHGRUPPE BIOLOGIE

trifft sich vorläufig
jeden
MITTWOCH 14.00

im Raum
98/109
(Neubau Biologie)

OMAN+DHOFAR VERANSTALTUNG
Nahostkomitee Darmstadt
informiert Samstag um
10 Uhr am weißen Turm
über die Lage in Oman
und Dhofar mit einem klei-
nen Basar.

Dienstag, den 10.6.75
19 Uhr in der Kanne ein
Referat über die Lage am
Arabischen Golf
Dia-Reihe, Film und Dis-
kussion.
Das Nahostkomitee tagt
jeden Dienstag, 20 Uhr
im AStA.
Alle Interessenten sind
herzlich eingeladen.



STUD. FILMKREIS THD
PROGRAMM SS 1975

12. 6. Die Sachverständigen
Regie: Norbert Kückelmann
BRD 1972

19. 6. SONDERVERANSTALTUNG

26. 6. Salz der Erde
Regie: Herbert J. Biberman
USA 1953 O. m. U.

ANFANGSZEITEN:

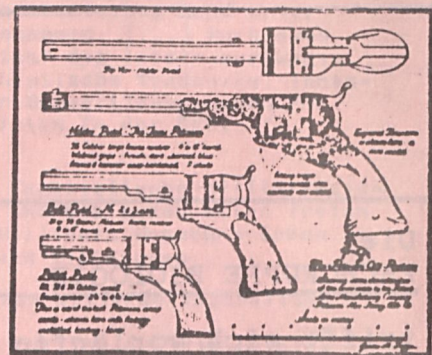
Donnerstags jeweils 19,00 & 21,30
AUDIMAX - TH - Hochhaus

FILMPSYCHOLOG.

TERMINE

SEMINAR SS 75 WESTERN

ZEIT & ORT FILME & SITZUNGEN JEDWELS
DIENSTAGS 19:15 H AUDIOMAX



R.: SERGIO CORBUCCI D.: FRANCO NERO,
LOREDANA NUSCICK ITALIEN/SPANIEN 1966

17.6. SITZUNG

24.6. SITZUNG

I.7. "VERA CRUZ"

R.: ROBERT ALDRICH D.: GARY COOPER,
BURT LANCASTER USA 1954

LEITUNG PROF. DR. K. SACHERL, THO
DR. G. ALBRECHT, KÖLN

FACHSCHAFTS und BASISGRUPPENTERMINE/TH

FB

2 FS-Rat Politik/Geschichte

3 Zentralrat GWL

BG Sport

4/5 FS-Rat Mathe/Physik

7/8/9 BG Chemie

12/13/14 BG Bauingenieure

15 BG Architektur

16 FS-Rat Maschinenbau

BG Maschinenbau

17/18/19 BG E-Technik

20 BG Informatik

Termin Raum

Do 11.00 Turmzimmer

Do 20.00 12/334

Mi 19.00 11/10D

Do 16.00 2d/219

M1 20.00 AStA

Mo 19.30 11/52

Di 17.00 FS-Raum Arch.

Di 16.00 11/102

Do 18.00 11/102

Mi 19.30 1/25

Do 19.00 Inform.Geb.
106

STUDENTENKELLER IM SCHLOSS

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

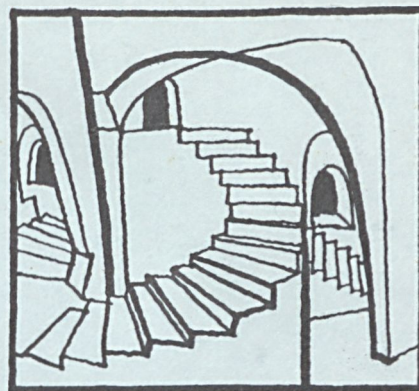
* STUDENTENKELLER IM SCHLOSS - 61 DARMSTADT - RESIDENZSCHLOSS *

P R O G R A M M J U N I / J U L Y ' 7 5

Offen: MI DO FR SA ab 19.30 Uhr

Beginn der Veranstaltungen 20.30 Uhr

Film: 20.00 22.00 Uhr



SA 7.6 " A E R A "

Symphonic Rock-Jazz; mit Ex-Mitgliedern von 'Ihre Kinder',
'Amon Düül', Udo Lindenberg.

MI 11.6. Film: "PRIVILEG" Politischer Pop-Film

FR 13.6. " M E S S A G E "

Rock-Musik mit Texten, die auf alten englischen Gedichten basieren

SA 14.6. Antifaschistisches Fest mit dem BDJ-Chor Hamburg

Lieder und Beiträge zum antifaschistischen Kampf in Italien,
Portugal, Chile und zur Situation in der BRD.

MI 18.6. Film: "PUNISHMENT PARK" Politischer Science-Fiction Film aus den USA

SA 21.6. " J A Z Z ' T R A C K "

Ihre Musik ist stark rhythmisch und harmonisch geprägt, aber immer
offen für Improvisationen und schwer auf einen Stil festzulegen.

MI 25.6. Film: "DER UNSICHTBARE AUFSTAND"

DO 26.6. " G R E G P O W E L L " American Folk, Bluegrass

SA 28.6. " C O N S T E L L A T I O N "

Der Stil der 'Constellation' umfaßt alle wesentlichen zeitgenössischen
Jazz-, Rock- und Soulelemente.

MI 2.7. Film: "ALS GING EUCH DAS NICHTS AN"

Von und mit Frankfurter Rockern

SA 5.7. " T O N T R A N S P O R T "

S O M M E R P A U S E S O M M E R P A U S E S O M M E R P A U S E

WOHIN MIT UNSREN KINDERN WAEHREND DER STUDIENZEIT?

für viele studienwillige scheitert das studium (oder wird erst garnicht begonnen) an dem mangel an information über bestehende betreuungseinrichtungen für die kinder. mit diesem mißstand soll hiermit einmal gründlich aufgeräumt werden. der VEREIN FÜR NICHTREPRESSIVE ERZIEHUNG möchte sich hiermit allen darmstädter studierenden vorstellen.

was ist das für ein verein ?

der verein für nichtrepressive erziehung wurde 1968/69 vom allgemeinen studentenausschuss (asta) der technischen hochschule darmstadt (thd) gegründet. er entstand in der damaligen kinderladenbewegung, weil

1. zuwenig öffentliche kindergartenplätze zur verfügung standen (daran hat sich noch nichts geändert)
2. man die zu autoritären und kaum beeinflussbaren öffentlichen kindergarten ablehnte, und
3. man damit mehr studienwilligen die möglichkeit zum studium geben wollte, indem sie sich mit anderen gemeinsam in der kinderbetreuung abwechseln konnten.

heute ist der verein für nichtrepressive erziehung keine reine studentische einrichtung mehr, denn die meisten haben ihr studium mittlerweile abgeschlossen oder die kinder gehen bereits zur schule. zudem wurden in letzter zeit vermehrt arbeiterkinder aufgenommen, zum zeichen dafür, daß hier keine privilegierte elite erzogen werden soll.

welchen zweck hat der verein ?

hierzu ein auszug aus der satzung:

§2a. zweck des vereins ist es, einrichtungen, die der wohlfahrt der jugend dienen anzuregen, zu fördern oder zu tragen. insbesondere: 1. kindergärten, in denen die kinder der mitglieder sich repressionsfrei entwickeln können

2. betreuung von kindern im schulpflichtigen alter außerhalb der schule.

3. freizeithilfen, politische bildung und internationale begegnung

4. erziehungshilfen während der berufsausbildung, berufsvorbereitung und berufstätigkeit

5. erziehungsberatung

§2b. im vordergrund soll bei allen einrichtungen die förderung sozial benachteiligter und geschädigter kinder und jugendlicher stehen.

§2c. zielsetzung ist es, in allen einrichtungen die selbstverwirklichung und selbstverantwortung der kinder und jugendlichen zu entwickeln und zu stärken mit den mitteln einer angstfreien erziehung.

welche einrichtungen unterhält der verein ?

der verein besteht zur zeit aus zwei kinderladen (kinderwerkstatt I, kw I, ludwigshöhstraße 13 1/2 und kinderwerkstatt II, kw II, heidelbergerstraße 108), die kinder zwischen etwa 2 und 4 jahren betreuen und der stadtteilgruppe, die für schulpflichtige kinder eine nachschulische betreuung durchführt. geplant ist für marz/april eine krabbelstube für kinder ab etwa 9 monaten im martinsviertel. weiterhin soll im martinsviertel eine dritte kw, die ausschließlich aus arbeiter- und studentenkindern zusammengesetzt wird, aufgebaut werden.

wie siehts mit der finanzierung aus?

eine wichtige frage für alle studentischer eltern ist die finanzierung.

die einrichtungen des vereins sind privat und werden deshalb nicht oder kaum aus öffentlichen mitteln unterstützt.

für den einzelnen besteht jedoch die möglichkeit unter bestimmten voraussetzungen vom sozialamt unterstützung zu bekommen. darüber hinaus zahlt das darmstädter studentenwerk

1 monatlich 4000,- dm (außer dem februar '75) an den verein.

den größe teil müssen die eltern allerdings selbst aufbringen. die erfahrung hat gezeigt, daß 10 % des nettofamleieneinkommens, wenn möglich aber nicht unter 100,- dm fürs erste kind zur kostendeckung erforderlich sind.

woher bekomme ich mehr informationen?

auskünfte gibts montags bis freitags von 8⁰⁰ bis 13⁰⁰ uhr und am elternabend freitags ab 20⁰⁰ uhr in der kw I ludwigshöhstraße 13 1/2 telefon 64399 und montags bis freitags von 8⁰⁰ bis 15⁰⁰ uhr und am elternabend freitags ab 20⁰⁰ uhr in der kw II heidelbergerstraße 108 telefon 62808 außerdem informiert noch täglich ab 18⁰⁰ uhr der vorstandsvorsitzende günter harrer riegerplatz 14 telefon 75849.